

und verfolgen mit größter Sympathie und warmem Wunsch für Erfolg seine weiteren Bemühungen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens. Am Dienstag nachmittag fanden im Ministerium des Aeußeren ununterbrochene Beratungen statt, von denen der Kaiser fortwährend unterrichtet wurde. Es verläutet mit Bestimmtheit, daß Oesterreich bereits eine selbstverständlich in freundschaftlichem Tone gehaltene Anfrage an Rußland über Zweck und Ziel der Probemobilisierung gerichtet habe.

Die russische Probemobilisierung.

Der interimistische Leiter der Berliner russischen Postkammer hat auf Anfrage aus Petersburg Montag abend die telegraphische Nachricht erhalten, daß die umfangreichen Probemobilisierungen in den Bezirken Warschau, Wina und Aem mit der politischen Lage auf dem Balkan nicht das geringste zu tun hätten, sondern schon vor längerer Zeit bei Auslieferung der Pläne für die diesjährigen Herbstübungen angeordnet worden seien. Das es eben wirklich nur eine wirkliche Probemobilisierung sei, beweise am besten der Umstand, daß aus dem Lande kein Pferdmaterial requiriert worden sei, was im Ernstfalle doch auserzesehen müßte.

Die Vermittlung der Großmächte.

Die im Heeresaussschuß der österreichischen Delegation vom Grafen Verdtold angekündigte Taktik der Großmächte wird nach einer Wiener Meldung alsbald einsehen. Vermutlich dürften die Großmächte in Konstantinopel wie den Balkanstaaten auf Rückwärtsbewegung der den Frieden bedrohenden Mobilisierungsmaßnahmen hinwirken. Bei allen europäischen Kabinetten soll nicht nur der sehr und einmütige Wille vorherrschen, einen Konflikt zu vermeiden, sondern auch die Heberzeugung, daß dies geschehen werde. In einem sofortigen Vorschlag wird es, wie man glaubt, sicher nicht kommen, da das Gros der mobilisierten Armeen zunächst im Innern eingeschlossen werden dürfte. Die Gefahr liegt in möglichen Grenzkonflikten und panislamischen Strömungen an der Balkanhalbinsel. (Diese Meldung macht dem Wiener Optimismus alle Ehre.)

In Paris wird behauptet, daß die Vertreter der Mächte sowohl in Konstantinopel, als auch bei den Regierungen der kleinen Balkanstaaten abermals einen Schritt unternommen haben, um den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern, und es soll dabei den Balkanregierungen deutlich zu verstehen gegeben worden sein, daß sie im Falle eines Krieges unter keinen Umständen auf eine Gebietsvergrößerung zu rechnen hätten, die Europa nicht zulassen werde, was auch für nichts einzutreten sei, wenn sie unterliegen sollten. Europa werde der Türkei nicht in den Arm fallen, wenn sie ihren etwaigen Sieg weiter verfolgen wollte. Ferner nimmt man in Paris ziemlich allgemein an, daß gerade auf Grund dieser europäischen Einmütigkeit in der Beurteilung der Balkanfrage kein internationaler Konflikt zu befürchten sei, wenn der Krieg dennoch ausbräche. Es sei Vorsorge dahin getroffen worden, den Konflikt streng zu lokalisieren.

Bei einer Berliner Großbank lag zum Schluß der Woche ein Telegramm der Bank Balkanique in Sofia vor des Inhalts, daß der Zweck der Probemobilisierung erreicht sei und man auf eine Entspannung der Lage hoffe.

Telegraphisch sind hierzu noch folgende Nachrichten eingetroffen:

Der deutsche Bundesrat und die Kriegsfahrt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Täg. Rundsch.“ läßt sich aus parlamentarischen Kreisen berichten, daß infolge der frühen Entwicklung der Balkanfrage die Einberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten für die ersten Oktobertage zu erwarten sei. Erwartet werde ein Vortrag des Staatssekretärs v. Aderken-Wächter über die politische Lage. Der Ausschuss ist das letzte Mal nach der Marokko-Affäre zusammengetreten.

Die Haltung der deutschen Diplomatie.

Berlin. (Priv.-Tel.) Von einer dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes nahe stehenden Seite erfährt die „Nationalzeitung“, daß die deutsche Diplomatie alles aufbietet, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Unsere Vertreter in Konstantinopel und bei den Balkanstaaten sind in diesem Sinne eingeweiht worden, auf die Regierungen einzuwirken. Zur Arbeit in ein lebhaftes Gedankenanstrengen hauptsächlich mit Konstantinopel im Auge, doch hat auch zwischen Berlin, Belgrad, Sofia und Athen ein Telegrammwechsel stattgefunden. Herr v. Aderken-Wächter beurteilt die Lage, die ihm am Freitag noch entwirrt schien, jetzt sehr ernst, da alles darauf ankomme, ob die Fortie sich den Forderungen der Balkanstaaten füge oder nicht. Die Friedenssensation der Mächte wird von Deutschland unterhandelt werden, da jede noch so schwache Möglichkeit benützt wird, einen Ausbruch zu finden, der beide Teile für den Augenblick befriedigen kann.

Deutsche Pressestimmen.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Probemobilisierung auf dem Balkan schreibt die „Täg. Rundsch.“ u. a.: Es scheint, als ob sich einzelne der Balkanregierungen schon in der üblichen Zwangslage befänden, nicht mehr nach freiem Entschluß, sondern unter dem eisernen Druck der Verhältnisse handeln zu müssen. In Serbien, Bulgarien und Montenegro herrscht schon seit Wochen und Monaten Handel und Verkehr, und das Volk ist arm und verdienstlos. Da ist es nicht schwer, die Leidenschaften der Massen bis zur Siebeith zu heizen, und die Regierung dann vor ernste Entscheidungen zu stellen. In Sofia sowohl wie in Belgrad hat man sich zweifellos ernstlich bemüht, den Wünschen der Mächte nachzukommen und beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken. Aber anscheinend fühlt man jetzt, daß der psychologische Moment gekommen ist, an dem etwas geschehen muß, falls der öffentliche Unwille nicht den Diktator verderblich werden soll. Die Völker wollen eben den Krieg, und die Probemobilisierungsbeispiele beweisen, daß die Regierungen sich genötigt sehen, mit dem Strom zu schwimmen. Vielleicht verbergen sie unter ihrer scheinbaren Nachgiebigkeit wirkliche Klugheit, und man hofft, die erregten Gemüter durch energische Maßnahmen etwas zu befähigen und für Belehrung zugänglicher zu machen, aber es gehört auch ein fester Wille, Kraft und haantmännliche Weisheit dazu, wenn sich ein Experiment, das höchst gefährlich bleibt, wagen soll. — Die „Post. Ztg.“ schreibt: Tatsache bleibt, daß die Balkanstaaten mit dem nächsten Tag ein entscheidendes politisches Fortschreiten durchzuführen werden. Wenn die Sache zur Einrückung der Türken und zur Prüfung auf die Großmacht, daß diese ihrerseits eine Prüfung auf die Fortie ausüben, so könnte die Welle wieder in die Seeide fahren. Rorerh ruft die Volksbewegung in den Balkanstaaten nach Krieg, von dem sie sich keine Berge verspricht. Die Parlamente werden einberufen, um dem Kräfteentschluß ihre Sanction zu geben. Der Türkei soll ein Ultimatum um das andere gestellt werden. Die Fortie ihrerseits befolgt anscheinend noch immer eine hinhaltende Politik, die Mächte winken nach allen Seiten mit denkbar größtem Eifer ab. Die Fortie werden von Panikstimmung ergriffen. Handel und Wandel auf dem Balkan kochen. Millionenwerte sind bereits verloren gegangen und das alles um das höchste Maßgedenken, an dem — seit Philipp und Alexander — kein Mensch je eine Freude gehabt hat, und wenn die vier Staaten, die sich zum Angriff vereint haben, den glänzenden Sieg erzwingen würden, so werden sie alle mitamt er-

recht keine Freude an dem Macedonien ihrer nationalen Träume erleben. — Die „Täg. Rundsch.“ meint: In London fällt die Entscheidung, dort spielt der Draht zwischen Paris und Petersburg, dort wirkt Herr Sazonow und plaudert auch mit den Balkanregierungen. Dem überläßt Sazonow das Feld, der mit fast frampfhaft martialischer Blutrube seinen Urlaub antritt. Daß wie eine leichte Parodie Klingt es im Seltener des ausgefallenen Deutschland, daß der deutsche Volkshater Freiherr v. Wangenheim eine Unterredung mit dem russischen Vorkämmerer am Goldenen Horn hatte. Er war es, der diesen aussuchte.

Die „Post. Ztg.“ über Rußlands Balkanpolitik.

St. Petersburg. (Priv.-Tel.) Der Petersburger Korrespondent der „Post. Ztg.“ erklärt, es müsse immer wieder unterstrichen werden, daß das amtliche Rußland einen Balkankrieg für die allergrößte Katastrophe halten würde. Dem Korrespondenten wird von glaubwürdiger Seite versichert, daß man in Rußland sehr zufrieden mit den Ergebnissen der Unterredung in Balmoral sei und nunmehr nicht ohne Besorgnis an die Reise Sazonows nach Paris denke. Es läge im eigenen Interesse der französischen Presse, gerade jetzt den Mund nicht allzu voll zu nehmen. Sazonow werde dadurch nur ein schlechter Dienst erwiesen. Rußland und Deutschland seien darin einig, den Frieden, wenn möglich, zu erhalten.

Oesterreich und die russische Probemobilisierung.

Wien. (Priv.-Tel.) Die dem österreichisch-ungarischen Thronfolger nahestehende „Reichspost“ kritisiert aus scharfer die russische Probemobilisierung. Der Zweck solcher militärischer Maßnahmen, sagt das Blatt, könnte sehr leicht als eine Maßnahme gegen Oesterreich-Ungarn gedeutet werden. Sollte dies der Fall sein, so möge Rußland wissen, daß sich Oesterreich-Ungarn nicht einschüchtern lasse, und daß es unentwegt den Richtlinien seiner Balkanpolitik fest ohne Rücksicht, ob dies Rußland angenehm oder unangenehm sei.

Die Stimmung im österreichischen Heeresaussschuß.

Wien. Im Heeresaussschuß der österreichischen Delegation wurde die Verhandlung über das Heeresordinarium fortgesetzt. Der Delegierte Guggenberg führte aus, er stehe den gestrigen beruhigenden Erklärungen des Ministers des Aeußeren mit einigem Skeptizismus gegenüber. Der Delegierte Sommer erklärte, die Deutschen händen in der Balkanfrage durchaus hinter der offiziellen Politik des Grafen Verdtold. Der Delegierte Sommer führte weiter aus: Die Deutschen wünschten den slavischen Völkern des Balkans das beste Gedeihen, glaubten aber, daß der Türkei ihr europäischer Reichstand erhalten werden müsse. Die äußere Politik müßte aufrechterhalten und selbstlos ihres Amtes walten, getreue von dem Auswärtigen Amt, dem die Deutschen Vertreter entgegenbrachten. Hierbei müsse jede Nebenregierung ausgeschlossen werden, denn die Arme und ihre Führer sollten keine Politik treiben. Der Redner meinte weiter, die Lage habe sich so gehalten, daß der Zwang der Ereignisse Italien und Oesterreich näher bringe. Graf Rechenthal habe recht gehabt, wenn er die guten Beziehungen zu Italien nicht in übereilter Weise einer Trübung habe ausweichen wollen. Graf Verdtold werde als Erbe dieser Politik die rückhaltlose Unterstützung der Deutschen finden. Der Redner erklärte am Schluß seiner Rede: Wir haben Vertrauen zur Arme und ihrer Verwaltung. Wir übertragen dies Vertrauen auch auf die Person des Kriegsministers und werden deshalb für das Budget stimmen. Der Fischek Losac führte im weiteren Verlauf der Sitzung aus: Die slavischen Interessen auf dem Balkan seien mit den wirklichen österreichischen Interessen identisch. Solange sich nicht eine dritte Macht einmische, sei es die Pflicht der Monarchie, sich in die Ereignisse auf dem Balkan gleichfalls nicht einzumischen. Die Lage auf dem Balkan müsse von Oesterreich aus vom Standpunkte der Industrie und des Handels beurteilt werden. Oesterreichs Kontrahenten seien nicht die Türken, sondern die anderen Balkanvölker.

Keine Mobilisierung in Oesterreich-Ungarn.

Wien. (Priv.-Tel.) Die Gerüchte über Oesterreich-Ungarns Mobilisierungsvorbereitungen sind aus der Luft gegriffen, ebenso die Behauptung, daß in Bosnien und der Herzegowina, wo das 15. und 16. Armeekorps stehen, 80.000 Mann zusammengezogen sein sollen. Tatsache hingegen ist es, daß der gegenwärtig dienende dritte Jahrgang bei allen österreichisch-ungarischen Armeekorps zurückgehalten wurde, obwohl er schon am 1. Oktober entlassen werden sollte. In den nächsten vier Tagen rücken bei den österreichisch-ungarischen Korps 144.000 Rekruten ein.

Die innere Lage in Bulgarien.

Wien. (Priv.-Tel.) Von unterrichteter englischer Seite wird mitgeteilt: Am vergangenen Freitag wandten sich der russische Minister des Auswärtigen Sazonow und der englische Außenminister Sir Edward Grey in einer gemeinsamen Depesche aus Balmoral an die bulgarische Regierung, jede Mobilisierung zu unterlassen. Der bulgarische Ministerpräsident Geshow erklärte daraufhin am nächsten Tage dem englischen Gesandten in Sofia, Bulgarien hätte nunmehr die Wahl zwischen der Mobilisierung und dem Bürgerkrieg. In dieser Zwangslage gebe das Ministerium mit der Mobilisierung vor.

Vertehroeinkünften in Bulgarien und Serbien.

Wien. (Priv.-Tel.) Die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft erhält von Rußland die Meldung, daß die bulgarischen Behörden den Eis- und Frachtwagenverkehr auf allen Linien einstellt haben. Infolgedessen wird auch die Dampfschiffahrtsgesellschaft im Umschlagsverkehr nach Rußland die Wüterausgeber benachrichtigen, daß Waren ab Rußland entweder zurückzugeben oder an die Rußländer Adresse abzuliefern sind. — Die Direktion der ungarischen Staatsbahnen teilt mit, daß zur Beförderung auf den serbischen Staatsbahnen mit Rücksicht auf die allgemeine Mobilisierung nur Güter angenommen werden. Auf den bulgarischen Staatsbahnen werden keine Güter und Frachtwagen mehr angenommen. Die unterwegs befindlichen Güter werden angehalten und den Abnehmern wieder zur Verfügung gestellt.

Der Türkenhag in Bulgarien.

Budapest. (Priv.-Tel.) Wegen die in Bulgarien lebenden Türken kam es zu heftigen Ausschreitungen. Am türkischen Viertel in Munkacs bewar die Bevölkerung eine Meuterei mit Steinen, so daß sämtliche Fenster zertrümmert wurden.

Optimismus in Italien?

Rom. (Priv.-Tel.) Der offizielle „Popolo Romano“ erklärt in einem Leitartikel, die Mobilisierung bedeute noch nicht den Beginn der Feindseligkeiten. Wenn jedoch die Mächte nur noch ein wenig zögerten, das Feuer zu löschen, werde Europa Zeuge eines furchtbaren Brandes sein. „Messaggero“ weist, daß Feindseligkeiten noch vermieden werden können, doch werde es im Falle eines Krieges sehr schwer sein, den Konflikt zu lokalisieren.

Panik an der Pariser Börse.

Paris. An der heutigen Börse herrschte eine panikartige Haltung bei starken Kursrückgängen. 4 pro. unfr. Türken 87,00 gegen gestern 90, 4 pro. serbische Anleihe 88,75 gegen 89,75, russische Anleihe von 1891 76,75, gestern —, 5 pro. Russen von 1906 105 gegen 106,75, Rio Tinto 1900 gegen 214, Briant 4,75 gegen 5,40, Baku 19,95 gegen 21,92.

Verhärkung des französischen Gesandten bei Areta. Paris. (Priv.-Tel.) In hiesigen Regierungskreisen verläutet, daß eine Verhärkung des französischen Gesandten bei Areta in den nächsten Tagen beschlossen werden wird.

Ein russischer Dämpfer?

Sofia. (Priv.-Tel.) Der russische Gesandte soll der bulgarischen Regierung den Rat erteilt haben, trotz der Mobilisierung keine Truppen an die Grenze zu schicken.

Die Stimmung in Konstantinopel.

Konstantinopel. Die hiesige nichttürkische Welt sieht noch schwache Friedenshoffnung auf den Einfluss der Großmächte. Dagegen ist die türkische Bevölkerung auf die nahe bevorstehende Kriegserklärung gefaßt und hat auf die Schlagfertigkeit der Armee unbedingtes Vertrauen. Die Ruhe unter der Bevölkerung der Hauptstadt ist trotz voller Kenntnis der kritischen Lage musterhaft.

Ein griechisches Ultimatum?

Konstantinopel. (Priv.-Tel.) Es verläutet, daß der hiesige griechische Gesandte wegen der Beschleunigung des Dampfers „Roumel“ durch die Türken auf Samos ein Ultimatum an die Fortie richten werde.

Drahtmeldungen

vom 1. Oktober.

Die Reichsregierung über die Fleischenergung.

Berlin. Wegen der Angriffe von Rechts und Links schreibt die „Nord. Allgem. Ztg.“ zur Fleischenergung über die Aufgaben der Kommunen: Die Regierung hat ihre guten Gründe dafür, daß die gewöhnlichen Vergünstigungen nur solchen Städten zugute kommen, die als Märkte für die Vieh- und Fleischpreise ganzer Landestheile maßgebend sind. Für diese Beschränkung sprach die Erfahrung, daß eine allgemeine Erleichterung der Einfuhr nur selten den Verbrauchern zugute kommt. Es bieten auch allein die großen Städte mit ihren Schlachthäusern, Bahnanstalten und sonstigen Einrichtungen volle Garantie für die Sanitäts- und veterinärpolizeiliche Ueberwachung der Einfuhr. Ausdrücklich war aber die Erwägung, daß eine baldige und nachhaltige Erleichterung auf die Preisbildung der Vieh- und Fleischmärkte ohne tatkräftige Mitwirkung der größeren Kommunen nicht zu erreichen ist. Bei den Opfern, die diese Mitwirkung von den kommunalen Verwaltungen erfordert, erscheinen auch die in Aussicht genommenen Tarifermäßigungen und sonstigen Vergünstigungen durchaus gerechtfertigt. Preiswürdigen Blättern gegenüber, die eine wirkliche Bauernpolitik hat der bisherigen Großgrundbesitzerpolitik verlangt, betont die „Nord. Allgem. Ztg.“, daß der bäuerliche und der kleine Grundbesitz in erster Linie an der Aufrechterhaltung des der heimischen Viehwirtschaft an der Viehzucht interessiert sei. Es gibt dafür einige Zahlen und bemerkt, daß der überwiegende Teil der Kleinwirtschaft an der Viehzucht durch diese Zahlen deutlich werde. Zur Frage der Erzeugung der Viehproduktion in der Provinz erklärt das genannte Blatt: Die in den letzten Jahren in erheblicher Zunahme befindlichen Viehverwertungsanstalten werden zweifellos in der Lage sein, die städtischen Verwaltungen bei dem preiswürdigen Bezuge inländischen Viehs zu unterstützen. Unter der Mitwirkung der Landwirtschaftskammern wird die landwirtschaftliche Verwaltung in verstärktem Maße durch Aufwendung großer Mittel die Viehproduktion zu fördern suchen. Als dieierhalb zu ergreifende Maßnahmen kommen neben energetischer Fortsetzung der inneren Kolonisation und der Kultur der Moor- und Cebländstücken die Errichtung besonderer Schweine- und Mastgenossenschaften, die vermehrte Aufstellung männlicher Jungstiere, Erleichterungen in der Beschaffung weiblicher Jungstiere aller für die Fleischversorgung in Betracht kommenden Viecharten, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen und Angestellter, vornehmlich in Betracht, sowie die Hebung des Futterangebotes, die Errichtung von Jungvieh-, Schaf-, Schweine- und Ziegenweiden und die Vermehrung der Viehhöfe. Wenn alle Beteiligten und in erster Linie die Landwirte selbst der landwirtschaftlichen Verwaltung in diesem Betreibe helfend zur Seite stehen, dann wird das einig dauernd wirksame Mittel zur Beseitigung drückender Fleischenergung, die Erzeugung der inländischen Fleischherzeugung, hergestellt und das hohe Ziel, die Fleischversorgung Deutschlands unabhängig vom Auslande zu erhalten, auch gewiß erreicht werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die händige Kommission des Landesökonomikollégiums wird auf Einladung des Vorsitzenden, Abgeordneter Grafen v. Schmerin-Löwit, am 4. Oktober im Landwirtschaftsministerium zu einer Beratung über die Maßregeln zumutretre, die anlässlich der Fleischenergung von landwirtschaftlicher Seite ergreifen werden sollen.

Die Schmarckenzulage.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach einem Referat des konventionellen Reichstagsabgeordneten v. Polko nahm der Verbandstag der Vereine katholischer Bauern des Orients eine Entscheidung an, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Schmarckenzulage den Reichsbeamten auch nach dem Jahre 1913 gewährt werden wird, um schwere Schädigungen zu verhindern.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nachdem die Kaufmännischen Körperschaften zu dem im Reichsamt des Innern beschlossenen und im März veröffentlichten Gesetzesentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Stellung genommen haben, ist auch den Kaufmannsvereinigungen Gelegenheit zu autastischen Äußerungen hierüber gegeben worden. Das Kaufmannsgericht Rürnberg bezeichnet in einem an den Bundesrat gerichteten Gutachten die vorgeschlagene reichsrechtliche Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe als unangenehm und hält die Einführung der wüßigen Sonntagsruhe durch Reichsgesetz, abgesehen von den in dem Entwurf angeführten Ausnahmefällen, für sehr wohl durchführbar. Nur für Fleischereien, Wädrerien, Konditoreien, sowie für den Verkauf von frischen Blumen, von Eis und Milch sei eine weitere Ausnahme berechtigt.

Kongress für internationale Verhandlungen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Vom 5. bis 7. Oktober findet in Heidelberg die Tagung des Verbandes für internationale Verhandlungen statt. Auf ihr wird u. a. auch der bekannte französische Senator und Gaager Delegierte Baron d'Estournelles de Constant sprechen. Die übrigen Redner sind sämtlich Deutsche und zwar folgende Juristen: Born, Pöschel, Schilling und Rippold; Historiker: Lamprecht und Martin Spahn; ferner der Theologe Rade. Die Anmeldungen zu dem Kongress sind sehr zahlreich eingelaufen.

Der Ehekonflikt des Prinzen Georg von Bayern.

München. (Priv.-Tel.) Hiesigen Blättern zufolge dürften die Unstimmigkeiten in der Ehe des Prinzen Georg von Bayern zur Nichtigkeitsklärung der Ehe führen.

Grundbesitzer der württembergischen Bibelfanstalt.

Stuttgart. Die Grundbesitzer der württembergischen Bibelfanstalt wurde heute vormittag in Anwesenheit des Königs und zahlreicher Ehrengäste durch einen Festakt eingeleitet, bei dem der aus Anlaß der Feler zum Prälaten ernannte Stiftsprediger